

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/07/2007

**über die öffentliche Sitzung am 02.05.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Herr Rolf Griesenberg
Herr Dieter Heidenreich
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning
Herr Gerald Wittkamp
Herr Heino Wriggers

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karina Krasnicka	Kinder- und Jugendbeirat, ab 19:05 Uhr, TOP 2, bis 21:35 Uhr, TOP 12
Frau Margot Sinning	Seniorenbeirat, bis 21:35 Uhr, TOP 12

Sonstige, Gäste

Herr Schürmann	Planungsbüro Göring, zu TOP 9, bis 21:05 Uhr
----------------	---

Verwaltung

Frau Andrea Becker
Herr Waldemar Biernacki
Frau Stefanie Mellinger
Herr Stephan Schott
Herr Wilhelm Thiele
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Jens Uwe Ehrlich

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2007 vom 18.04.2007
4. Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
5. Untersuchung und Verfahrensstand zum Kreisverkehrsplatz am AOK-Knoten
6. Bericht über das Vordach des Bahnhofvorplatzes
7. Entwicklung der Geschosswohnungsbauten im Bereich Hermann-Löns-Straße
- Abstimmung der weiteren Vorgehensweise -
8. Fachziele **2007/040**
9. Bericht über den Verfahrensstand B-Plan Nr. 77 Voßberg bis Waldstraße
10. Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Stadtgebiet
- Vorschlag zur Vorgehensweise -
11. Kenntnisnahmen
 - 11.1. Vergabe von Kleinaufträgen für Straßenunterhaltung
 - 11.2. Anliegerschreiben zur Verkehrssituation Mühlenredder
 - 11.3. Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg)
- Verteilung der Unterlagen über die untersuchten und bewerteten Auswahlvarianten -
12. Verschiedenes
 - 12.1. Baumfällung an der Hamburger Straße außerhalb der Orts-

durchfahrt

- 12.2. Verkehrsabwicklung Beimoorweg im Abschnitt Ostring bis Kornkamp unter Einbeziehung der Bushaltestellen
- 12.3. Verkehrsabwicklung im Kreuzungsbereich Hagener Allee/Bargenkoppelredder
- 12.4. Sperrung der Park- und Wochenmarktfläche auf dem Rathausplatz
- 12.5. Bauvorhaben Burgweg 3 a
- 12.6. Gestaltung Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Große Straße - Reeshoop
- 12.7. Parkmöglichkeiten im Umfeld des Marstalls bzw. der Reithalle
- 12.8. Verkehrssicherung vor dem Eingangsbereich der Reithalle
- 12.9. Langfristiges Besetzen von innenstadtnahem Parkraum durch Werbeanhänger
- 12.10 Anregungen aus der AG Stadtmarketing zur Parksituation in der Ahrensburger Innenstadt

1 Festsetzung der Tagesordnung

Wie die Verwaltung bekannt gibt, wird derzeit die Beschlussvorlage Nr. 2007/049 erstellt, in der es im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes um die verschiedenen Beteiligungsverfahren bis hin zur Durchführung einer so genannten Zukunftswerkstatt geht. Da zunächst die Beratung in Stadtverordnetenversammlung am 21.05.2007 abgewartet werden sollte, schlägt die Verwaltung vor, erst danach über das Vorgehen beim F-Plan-Verfahren zu beraten und den TOP 10 in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln.

Daraufhin betonen Vertreter der CDU-Fraktion, dass Gleiches gilt für die Frage, wie mit der Idee umgegangen wird, das Quartier Hermann-Löns-Straße zu verdichten und dieser Punkt dementsprechend ebenfalls von der Tagesordnung genommen werden sollte. Hierfür spreche auch, dass die Fraktionsberatungen noch nicht abgeschlossen worden seien.

Bekannt gegeben wird zudem, dass das BPA-Protokoll Nr. 6/2007 erst in der 19. Kalenderwoche 2007 verteilt wird und dessen Genehmigung auf die nächste Sitzung vertagt werden muss.

Abschließend kommt man mit dem Hinweis auf die in der BPA-Sitzung am

18.04.2007 (vgl. Protokoll-Nr. 6/2007; TOP 13) unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenden Nutzungsänderung im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 81 a überein, diesen und weitere Grundstücksangelegenheiten berührende Themen im nicht öffentlichen Sitzungsteil in einem neu einzufügenden Punkt „Verschiedenes“ zu beraten.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt sowohl der Absetzung der TOP's 3, 7 und 10 als auch der Ergänzung der mit Einladung vom 19.04.2007 versandten Tagesordnung um den TOP 13 „Verschiedenes“ zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Behandlung des Tagesordnungspunktes 13 soll in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der BPA hat damit mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 GO erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder dem Ausschluss der Öffentlichkeit zugestimmt.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der vorgeschlagenen Tagesordnung.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Fischer bezieht sich auf die Beratung des TOP „Verkehrssituation Reeshoop/Am Tiergarten“ in der BPA-Sitzung am 18.04.2007 und bittet darum, dass sich der Ausschuss bei Gelegenheit nochmals eingehender mit dem Problem befasst. Nach seiner Einschätzung passieren viele Kfz den Reeshoop mit einer erhöhten Geschwindigkeit und verursachen unnötigen Lärm, wobei die Aufstellung des Messgerätes offensichtlich eine geschwindigkeitsreduzierende Wirkung entfalte. Wie die Verwaltung hierzu betont, habe die Datenauswertung bei den auch nicht deutlich erkennbaren Zählplatten ergeben, dass in dem betroffenen Fahrbahnabschnitt eine Fahrgeschwindigkeit zwischen 40 und 60 km/h anzutreffen ist und nur wenige Ausreißer deutlich zu schnell fahren. Das Thema werde aufgegriffen, wenn sämtliche Zählergebnisse ausgewertet sind.

Herr Stampfer deutet an, dass die Verkehrsanordnung zur Erschließung des Neubaugebietes Buchenweg offenbar in Kürze angepasst wird. Der Anwohner des Eschenweges bittet aber – wie bereits am 18.04.2007 – darauf hinzuwirken, dass

- a) im Bereich des Eschenweges und Buchenweges aufgrund der Staubentwicklung, insbesondere im Kreuzungsbereich Buchenweg/Eschenweg, eine verstärkte Straßenreinigung durchgeführt und

- b) die Einhaltung der Einbahnstraßenregelung durch die Polizei umfangreicher kontrolliert wird.

Der Vorsitzende unterstützt im Namen des Ausschusses die beiden Anliegen; es wird jedoch deutlich, dass die Stadtverwaltung die Bitten lediglich an die Erschließungsträgerin bzw. die Hochbauunternehmen und die örtliche Polizei weitergeben kann, selbst aber keine Handlungsbefugnis besitzt.

Frau Suck betont im Hinblick auf den abgesetzten Tagesordnungspunkt 7 „Entwicklung der Geschosswohnungsbauten im Bereich Hermann-Löns-Straße“, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum in dem Quartier erhalten werden sollte und die mit der Modernisierung der Wohnungen einhergehende Verdichtung sowohl angesichts der allgemeinen Wohnqualität als auch unter dem Aspekt der verkehrlichen Erschließung nicht verträglich sei. Hierzu verdeutlicht der Vorsitzende, dass zunächst die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden soll, wie mit der Initiative der Neuen Lübecker Baugenossenschaft e. G. umgegangen werden soll.

Eine Anliegerin der Stormarnstraße schildert die Verkehrsverhältnisse im Abschnitt Klaus-Groth-Straße bis Manfred-Samusch-Straße während der Kanalbaumaßnahme im westlichen Abschnitt der Klaus-Groth-Straße und des damit verbundenen Lkw-Verkehrs. Sie regt an, zumindest während der Baumaßnahme ein einseitiges Halteverbot anzuordnen auf der Fahrbahn der Stormarnstraße. Es wird zugesagt, die Anregung zwecks näherer Prüfung zuständigkeitshalber an die städtische Verkehrsaufsicht weiterzuleiten.

Keine weiteren Fragen.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2007 vom 18.04.2007

– *a b g e s e t z t* –

4 Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch

Wie die Verwaltung bekannt gibt, liegen mit Ausnahme der separat unter TOP 13.1 zu beratenden Angelegenheit keine zustimmungspflichtigen Anträge auf Einzelbauvorhaben vor.

5 Untersuchung und Verfahrensstand zum Kreisverkehrsplatz am AOK-Knoten

Die Verwaltung bezieht sich

- auf den am 01.02.2006 geäußerten Wunsch des BPA, eine Konzeption

zur Verbesserung der Verkehrsabwicklung im Bereich des AOK-Knotens zu erarbeiten,

- auf die Beratung am 03.05.2006, in der erstmals die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes angedeutet wurde und in der der Ausschuss die Verwaltung beauftragt hatte, diese Idee weiter zu verfolgen und
- auf die BPA-Sitzung am 07.03.2007, in der die Behandlung des Tagesordnungspunktes zwar abgesetzt wurde, dessen Niederschrift jedoch die Machbarkeitsstudie beigefügt war (vgl. Protokoll-Nr. 4/2007; TOP 5/handschriftliche Seiten 6 und 8 bis 32).

Daraufhin erläutert die Verwaltung die Grundzüge der Machbarkeitsstudie in dem diesem Protokoll (ganz hinten) als Anlage beigefügten Powerpoint-Vortrag. Hingewiesen wird insbesondere auf die Ausgangslage, dass die Kapazitätsprobleme des Knotenpunktes wegen mangelnder zur Verfügung stehender Flächen weder in zusätzlichen Fahrspuren noch in einer Erhöhung der Umlaufzeit bei der Lichtsignalanlage von 90 auf 120 Sekunden zu sehen ist. In der Machbarkeitsstudie wurden nunmehr alle Aspekte zur Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes begutachtet, wobei im Ergebnis in Anbetracht der überwiegenden Vorteile insbesondere bei der Abwicklung des Verkehrs empfohlen wird, die Umstellung zu realisieren.

Wie herausgestellt wird, ist die von Montag bis Freitag relativ konstante Verkehrsbelastung des Knotens allerdings nur zu bewältigen bei zweispurigen Zufahrten aus den Richtungen Hamburger Straße (Süd) und Woldenhorn. Anders als dargestellt soll auch die Zufahrt von der Straße An der Reitbahn zweispurig ausgebildet werden mit der Folge, dass die Qualitätsstufen hinsichtlich der Kapazität von C im Jahr 2006 und D im Jahr 2020 in Richtung B steigen (vgl. Tabellen im Vortrag). Überwiegend wird bei Wartezeiten und Staulängen jedoch der Standard A erreicht mit kürzesten Stockungen unter 10 Sekunden. Die Machbarkeitsstudie berücksichtigt auch die mögliche Öffnung des Verkehrs aus dem nördlichen Abschnitt der Hamburger Straße, die prognostizierte Verkehrszunahme von rd. 22.000 auf ca. 26.000 Kfz/24 Std. bis 2020 und die rechnerische Berücksichtigung der Fußgänger und Radfahrer.

Abschließend geht die Verwaltung in ihrem Vortrag darauf ein, dass im Falle der aufgezeigten Variante ein geringer zusätzlicher Flächenbedarf besteht im nördlichen und östlichen Teil des Platzes, der Umfang des Umbaus durch die weitgehende Nutzung der heutigen Anlagen minimiert werden kann und in anderen Städten bei unterschiedlichsten Gestaltungsvarianten überwiegend positive Erfahrungen bei Kreisverkehrsplätzen zu verzeichnen sind. Besonders wird hingewiesen auf die Umgestaltung der heutigen Rechtsabbiegespur aus der Hamburger Straße (Süd) und deren Nutzung als Haltestelle und Stauraum für die Busse der diversen hier entlang führenden Linien.

In der anschließenden Beratung werden unter Einbeziehung des sachverständigen Dipl.-Ing. Eckehard Knoll aus Ahrensburg die vier verschiedenen Typen von Kreisverkehrsplätzen erläutert. Während Minikreisverkehre eine überfahrbare Mittelinsel und eine Kapazität von bis zu 15.000 Kfz täglich be-

sitzen, werden einspurige Kreisverkehrsplätze mit nicht überfahrbarer Mittelinsel bis max. 25.000 Kfz pro Tag empfohlen. Da die für das Jahr 2020 prognostizierte Kfz-Belastung des Knotens über diesem Wert liegt, muss aus Gründen der benötigten Leistungsfähigkeit ein zweispuriger Ausbau realisiert werden. Darüber hinaus könnte eine Wiedereröffnung der zurzeit abgehängten Stormarnstraße für den Verkehr in bzw. aus den Richtungen Hamburger Straße (Süd) und Bahnhof erwogen werden, was den Kreisverkehrsplatz um rd. 10 % entlasten könnte.

Grundvoraussetzung für eine gute verkehrliche Anbindung sei insbesondere, dass die rot markierten Fahrrad- und mit einem Zebrastreifen versehenen Fußgängerfurten über die zum Teil verschmälerten Fahrbahnbreiten um eine Kfz-Länge zurückversetzt angelegt werden müssten zwecks Angebot eines „Stauraumes“ und in den Zufahrtsbereichen auf den Platz eine gute Wegweisung für Ortskundige installiert wird mit dem Ziel, die linke Fahrspur den Fahrzeugen vorzubehalten, die zumindest nicht gleich wieder den Kreisverkehrsplatz verlassen. Die gängigen Regelwerke sehen für diese Art des Kreisverkehrsplatzes keine Markierung vor, die alternative Markierung einer Spirale werde im vorliegenden Fall auch nicht empfohlen.

In der Aussprache werden folgende Themen aufgegriffen, die vor einer endgültigen Entscheidung abschließend beraten werden sollten:

- Angesichts der angedachten Verlegung der Bushaltestelle mit der Bezeichnung *Hamburger Straße* aus der Straße Woldenhorn in die Hamburger Straße sollte überlegt werden, ob die gleichnamige Busbucht auf der Nordseite der Straße An der Reitbahn bestehen bleiben sollte.
- In Anbetracht der starken Fahrbeziehung auf der B 75 sollte überprüft werden, ob sinnvollerweise eine separate Fahrbahn für die Rechtsabieger aus der Hamburger Straße (Süd) eingerichtet werden kann.
- Da der Vorteil des Kreisverkehrsplatzes für die Hamburger Straße (Nord) allein schon darin besteht, dass der von Nordwesten kommende Verkehr anders als heute rechts in Zentrum fahren kann, sollte auch angesichts mangelnder Wendemöglichkeiten überlegt werden, ob es nicht im nördlichen Abschnitt der Hamburger Straße bei der heutigen Einbahnstraßenregelung verbleibt.
- Der Kreisverkehrsplatz mit seinen Nebenanlagen ragt bei einer mittigen Anordnung in die bebaubaren Eckgrundstücke im Norden und Osten. Die Auswirkungen auf die realisierbaren Gebäude, die Bebauungspläne und – bezogen auf das nördliche Grundstück – den Grunderwerb sind näher zu prüfen und darzustellen.
- Eine Stellungnahme der städtischen Verkehrsaufsicht zum angedachten Kreisverkehrsplatz ist einzuholen; sie sollte unter anderem den Fußgänger-, Rad- und Linienbusverkehr zu den Verkehrsspitzenzeiten berücksichtigen.
- Die Verwaltung wird angesichts der allgemeinen Anmerkung, dass ge-

baute Kreisverkehrsplätze zunächst nicht so schnell wieder angepasst werden sollten, gebeten zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen eine Visualisierung der Verkehrsabwicklung erstellt werden kann.

Die Angelegenheit ist in einer der nächsten Sitzungen wieder im BPA zu behandeln. Im Grundsatz wird aber bereits jetzt eine positive Grundstimmung zum vorgestellten Kreisverkehrsplatz deutlich.

6 Bericht über das Vordach des Bahnhofvorplatzes

Wie die Verwaltung betont, wird im Zuge der umfangreichen Umgestaltung des Bahnhofes Ahrensburg unter anderem am Eingang des Empfangsgebäudes erstmals ein Vordach installiert, durch das der Zugangsbereich mit der Treppenanlage geschützt werden soll. Von dem ursprünglich vor Jahren angedachten Vorbau wurde Abstand genommen.

Anhand von Zeichnungen (vgl. Anlage des Protokolls) verdeutlicht die Verwaltung, dass es sich um eine transparent gehaltene Metall-Glas-Konstruktion handelt, deren Dachfläche am Gebäude befestigt und nach vorne gerade herunter gezogen wird. Die Fundamente auf dem der Stadt gehörenden Zugangsbereich können indirekt durch die Montage von Querträgern genutzt werden.

Insbesondere ein Ausschussmitglied hält den Entwurf des Vordaches für unglücklich und favorisiert einen als separate und selbständige Dachkonstruktion gestalteten Wetterschutz, der nur leicht mit dem Gebäude verbunden wird.

Der BPA bittet die Verwaltung in Kontakt zu treten mit der DB Station & Service AG, um abzustimmen, ob und unter welchen Bedingungen das vorgestellte Vordach überhaupt noch geändert werden kann.

7 Entwicklung der Geschosswohnungsbauten im Bereich Hermann-Löns-Straße - Abstimmung der weiteren Vorgehensweise -

- a b g e s e t z t -

8 Fachziele

2007/040

Die Verwaltung erläutert in aller Kürze den Stand des Verfahrens, über das Leitbild der Stadt und die daraus entwickelten strategischen Ziele nunmehr ausschussbezogene operative Ziele zu formulieren, deren Indikatoren vor einem endgültigen Beschluss eventuell noch präzisiert und aktualisiert werden müssten. Nachdem beispielhaft einige operative Ziele vorgestellt worden

sind, machen Ausschussmitglieder allgemein deutlich, dass die Fachziele im Einzelnen noch inhaltlich diskutiert werden müssten und zu wenig zielgerichtet formuliert seien. So wünsche man sich etwa, dass

- das Ziel nicht allein die Erstellung des Bebauungsplanes, sondern vielmehr die Realisierung des Wohnraumes sei (so genannte Zweistufigkeit),
- nicht allein die geschaffene Zahl an Wohneinheiten in Wohnbaugebieten maßgeblich ist, sondern darüber hinaus die Zunahme bzw. Entwicklung der Ahrensburger Bevölkerung in Prozent,
- im Neubaugebiet Erlenhof etwa ein gewisser Prozentsatz der Wohnbevölkerung den ÖPNV nutzt.

Man kommt überein, über die Fachziele zunächst nochmals in den Fraktionen zu beraten.

9 Bericht über den Verfahrensstand B-Plan Nr. 77 Voßberg bis Waldstraße

Herr Schürmann berichtet, dass der Gebäudebestand innerhalb des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen B-Planes Nr. 77 (vgl. Anlage zum Protokoll) nunmehr aufgenommen worden ist. Mit Ausnahme des Grundstückes der Stormarnschule, der Kirche im südlichen Abschnitt der Hagener Allee und dem Alten- und Pflegeheim im Fasanenweg sei dieses Gebiet geprägt durch überwiegend ein- und zweigeschossige Wohngebäude, die wiederum – abgesehen insbesondere von einigen Gebäuden in der Hagener Allee nördlich des Bargenkoppelredders - größtenteils in ihrer Bausubstanz, Gestaltung und Struktur erhalten bleiben sollen.

Aufbauend auf den Bestand seien zum Teil die von den heutigen Eigentümern gewünschten Entwicklungen erfragt und – sofern verträglich – in dem Entwurf berücksichtigt worden. Hierbei sei sowohl die Wohnnutzung als auch die Einzelhausbebauung festgeschrieben und dementsprechend von der Ausweisung von Baubändern abgesehen worden.

Die in der Anlage grob schraffiert dargestellten Bereiche entlang des Fasanenweges und am Hugo-Schilling-Weg werden derzeit nicht durch den Entwurf der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung erfasst. Durch die feine Schraffur wird die historisch gewachsene Vorgarten-Struktur geschützt.

Der BPA begrüßt den Planungsstand und die mit der Bauleitplanung verfolgten Ziele und äußert dementsprechend keine Einwände gegen den Vorschlag, angesichts der sich überschneidenden Geltungsbereiche den B-Plan Nr. 77 in seinen Grundzügen im Zusammenhang mit der anstehenden Bürgeranhörung zur „Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhaltung und Gestaltung baulicher Anlagen und der Eigenart von Gebieten sowie über besondere Anforderungen der Gestaltung der baulichen und sonstigen Anlagen“ (vgl. Vorlagen-

Nr. 2006/074.1 und BPA-Protokoll Nr. 6/2007 über die Sitzung am 18.04.2007) vorzustellen.

Der Vorsitzende bittet darum, dass Bauanträge und Bauvoranfragen innerhalb des Geltungsbereiches im Ausschuss vorab behandelt werden.

**10 Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Stadtgebiet
- Vorschlag zur Vorgehensweise -**

- a b g e s e t z t -

11 Kenntnisnahmen

11.1 Vergabe von Kleinaufträgen für Straßenunterhaltung

Auf die schriftliche Anfrage der WAB-Fraktion vom 06.03.2007 an die Leitung des Fachbereiches IV wird verwiesen; sie hatte folgenden Wortlaut:

„Im Jahre 2006 haben Sie auf Anfrage mitgeteilt, daß die Stadt Kleinaufträge z. B. zur Wege- und Straßenpflege extern vergeben hätte. Bitte teilen Sie uns für das Jahr 2006 mit, welche Leistungen (detailliert) mit welchen Kosten (brutto und netto) für die Erledigung dieser Aufträge erbracht wurden.

Bei den angefragten Leistungen handelt es sich um solche, die auch der Bauhof im Rahmen seiner Zweckbestimmung hätte erbringen können.

Für das Jahr 2007 erbitten wir eine Aufstellung der erteilten Aufträge (Auftragsumfang detailliert).“

Die einzelnen Straßenunterhaltungsmaßnahmen seit Januar 2006 sind in der als Anlage beigefügten Tabelle aufgeführt, wobei diese auch Arbeiten umfasst, die üblicherweise nicht vom städtischen Bauhof ausgeführt werden.

Der BPA nimmt von dieser Aufstellung Kenntnis.

11.2 Anliegerschreiben zur Verkehrssituation Mühlenredder

Dem Protokoll wird beigelegt das Schreiben vom 22.02.2007, mit dem Anlieger der Straßen Mühlenredder gegenüber dem Ausschuss ihre Auffassung zur Verkehrsabwicklung im Norden Ahrensburgs darlegen.

11.3 Entlastungsstraße Nord-Ost (Neuer Postweg) - Verteilung der Unterlagen über die untersuchten und bewerteten Auswahlvarianten -

Von den genannten Unterlagen erhält jede in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Fraktion ein Exemplar in Papierform. Sofern gewünscht, werden die Unterlagen per gebrannter CD zur Verfügung gestellt.

12 Verschiedenes

12.1 Baumfällung an der Hamburger Straße außerhalb der Ortsdurchfahrt

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die bereits in der Umweltausschusssitzung am 14.02.2007 (vgl. Protokoll Nr. 1/2007; TOP 9.4) angesprochene und wie folgt protokollierte Angelegenheit:

Die Baumfällaktion im Zuge der B 75 wird gemäß Auskunft der Verwaltung auch von Fachleuten kritisch gesehen. Zwar wurde die Verwaltung von den Fällungen zuvor in Kenntnis gesetzt, jedoch gelten nach § 3 Abs. 4 Baumschutzsatzung die Verbote nicht für behördlich angeordnete oder zugelassene Maßnahmen. Die Straßenmeisterei Bargtheide hat die Fällungen durchgeführt, die fachtechnische Prüfung war durch die untere Naturschutzbehörde des Kreises zuvor erfolgt.

Die Verwaltung wird gebeten, sich nochmals mit dem Straßenbauamt Lübeck bzw. der Straßenmeisterei in Verbindung zu setzen, um zumindest zu klären, inwieweit künftig zweifelhafte Baumfällaktionen dieser Art näher mit der Stadt Ahrensburg abgestimmt werden können. Zudem wird von dort eine fachliche Auskunft zum konkret vorliegenden Fall gewünscht.

12.2 Verkehrsabwicklung Beimoorweg im Abschnitt Ostring bis Kornkamp unter Einbeziehung der Bushaltestellen

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Lage der beiden im Beimoorweg gelegenen Haltestellen gleicher Bezeichnung, die im Wesentlichen dem Halt der Buslinie 169 dienen. Da es sich hierbei um die einzige Haltestelle handelt zwischen den Einstiegsmöglichkeiten Hamburger Straße und Stormarner Werkstätten bzw. Kornkamp (Süd), wird über diese Haltestellen ein großer Teil des Gewerbegebietes Nord einschließlich Beimoor-Süd erschlossen. Die Anordnung der Haltestellen und die Möglichkeiten für Fußgänger, den Beimoorweg auf Höhe der Haltestellen den Beimoorweg zu queren, sollte in einer der nächsten Sitzungen anhand eines aktuellen auch die Linksabbiegespuren zum neuen Autohaus und in die Straße Am Hopfenbach umfassenden Plan erörtert werden.

12.3 Verkehrsabwicklung im Kreuzungsbereich Hagener Allee/Bargenkoppelredder

Vonseiten des Ausschusses wird über die Schwierigkeiten berichtet, von der Hagener Allee kommend links in den Bargenkoppelredder abzubiegen. Die städtische Verkehrsaufsicht wird gebeten zu prüfen, ob in diesem Abschnitt des Bargenkoppelredders nicht ein Halteverbot angeordnet werden sollte.

12.4 Sperrung der Park- und Wochenmarktfäche auf dem Rathausplatz

In Bezug auf die Sperrung einer Teilfläche des nordöstlichen Rathausplatzes berichtet die Verwaltung, dass die Sanierung der Tiefgarage zusammen mit dem geplanten neuen Zugang durchgeführt wird; ein Terminplan wird vom Eigentümer der Tiefgarage in Kürze vorgelegt, wobei die Verwaltung auf eine zügige Umsetzung dringen wird.

12.5 Bauvorhaben Burgweg 3 a

In Bezug auf die zuletzt in der BPA-Sitzung am 06.12.2006 (vgl. Protokoll Nr. 20/2006; TOP 13.2) angesprochene Angelegenheit wird bestätigt, dass die Klage gegen die Baugenehmigung für das Neubauvorhaben Burgweg 3a vom Verwaltungsgericht Schleswig nicht angenommen und vom Kläger anschließend zurückgenommen worden ist. Die Baugenehmigung wurde auf Grundlage des Einfügungstatbestandes gemäß § 34 BauGB erteilt.

12.6 Gestaltung Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Große Straße - Reeshoop

Anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten Skizzen bzw. Zeichnungen verdeutlicht die Verwaltung, dass nach Realisierung des ersten Bauabschnittes vom Einkaufszentrum Klaus-Groth-Straße dort ein mindestens 15,20 m breiter Straßenraum verbleibt, der sich auf Höhe der Tiefgaragenausfahrt nochmals auf beidseits jeweils 5,70 m teilt.

Auf Nachfrage stellt die Verwaltung klar, dass im Zuge des Hochbauprojektes die Bauherren lediglich verpflichtet sind, den Straßenraum der Klaus-Groth-Straße provisorisch wieder herzustellen und es der Stadt obliegt, zu einem späteren Zeitpunkt ein Ausbauprogramm zu beschließen und umzusetzen. In Gesprächen mit den Projektverantwortlichen habe man erreicht, dass die zurzeit in Beton ausgeführten Rampenbrüstungen der Tiefgaragenein- und -ausfahrten noch abgesägt und durch ein Geländer transparent gestaltet werden. Aus Gründen der Verkehrssicherheit werden aber die Schrammborde in Beton ausgeführt.

12.7 Parkmöglichkeiten im Umfeld des Marstalls bzw. der Reithalle

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die anstehende Umsetzung des 1. Teilprojektes Gutshof/Marstall des Realisierungskonzeptes. Es bittet darum sicherzustellen, dass auch während der Bauphase für Veranstaltungen im Marstall-Komplex ausreichend Parkraum im näheren Umfeld zur Verfügung steht.

12.8 Verkehrssicherung vor dem Eingangsbereich der Reithalle

Wie ein Ausschussmitglied schildert, sind durch das Befahren der Nebenanlagen mit Kraftfahrzeugen die provisorisch verlegten Gehwegplatten soweit verdrückt worden, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit im Bereich des Eingangs zur Reithalle eine Neuverlegung der Platten durchgeführt werden muss. Die Verwaltung sagt dieses zu.

12.9 Langfristiges Besetzen von innenstadtnahem Parkraum durch Werbeanhänger

Vonseiten einiger Ausschussmitglieder wird gebeten, gegen das Abstellen von Werbeanhängern auf den wenigen nicht bewirtschafteten Parkplätzen vorzugehen. Sofern sich eine derartige mittel- und langfristige Nutzung nicht über das Erfordernis einer im konkreten Fall zu versagende Sondernutzungserlaubnis regelt, wäre die Einführung einer Parkscheibenpflicht zu erwägen.

12.10 Anregungen aus der AG Stadtmarketing zur Parksituation in der Ahrensburger Innenstadt

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die in der AG Stadtmarketing durch die CIMA Stadtmarketing GmbH vorgestellte Analyse soweit sie sich bezieht auf die Parkplatzsituation in der Ahrensburger Innenstadt. Es wird angeregt, dass sich der unter anderem für den ruhenden Verkehr zuständige Bau- und Planungsausschuss mit der geäußerten Kritik auseinandersetzt.

In diesem Zusammenhang wird geklärt, dass man mit einem gezogenen Parkschein die bewirtschafteten Parkflächen Ahrensburgs auch wechseln kann. Dieses ist nach der Parkgebührenverordnung möglich, nachdem unter Einbeziehung des Lindenhofparkplatzes zum 01.01.2005 eine einheitliche Parkgebühr festgelegt ist.

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll